

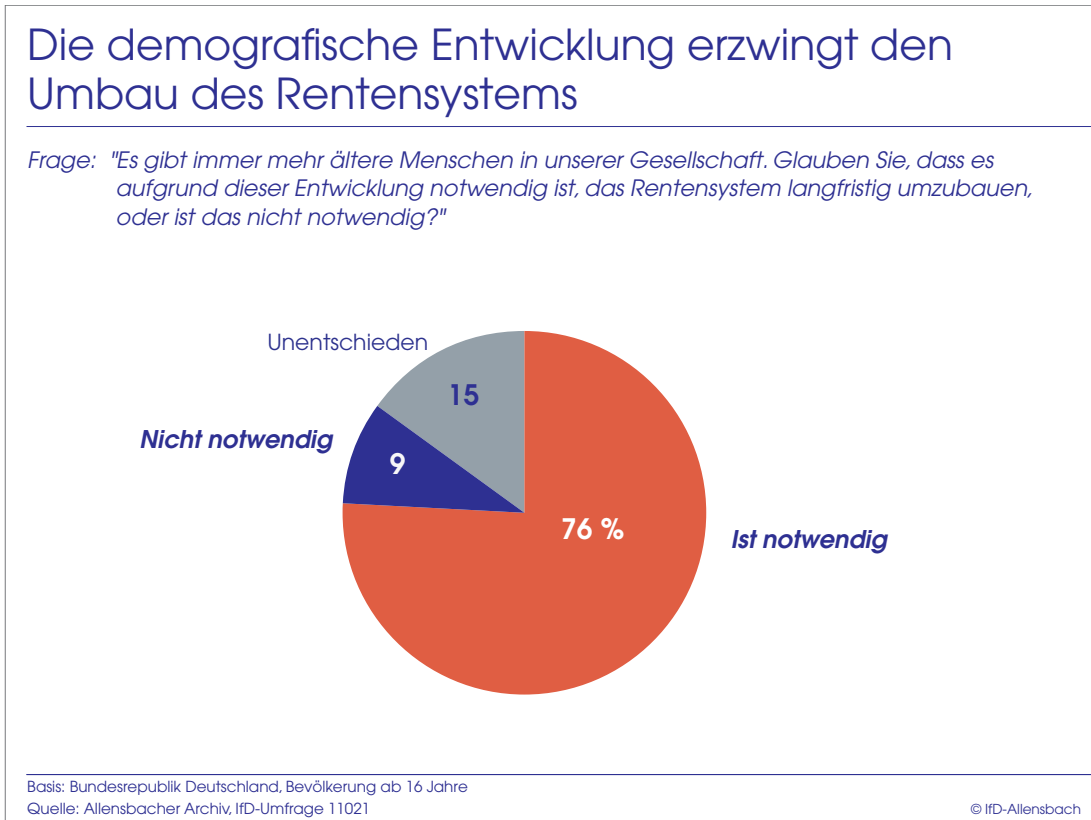
Resonanz der Regierungspläne für das Rentensystem und den Arbeitsmarkt

– Summary –

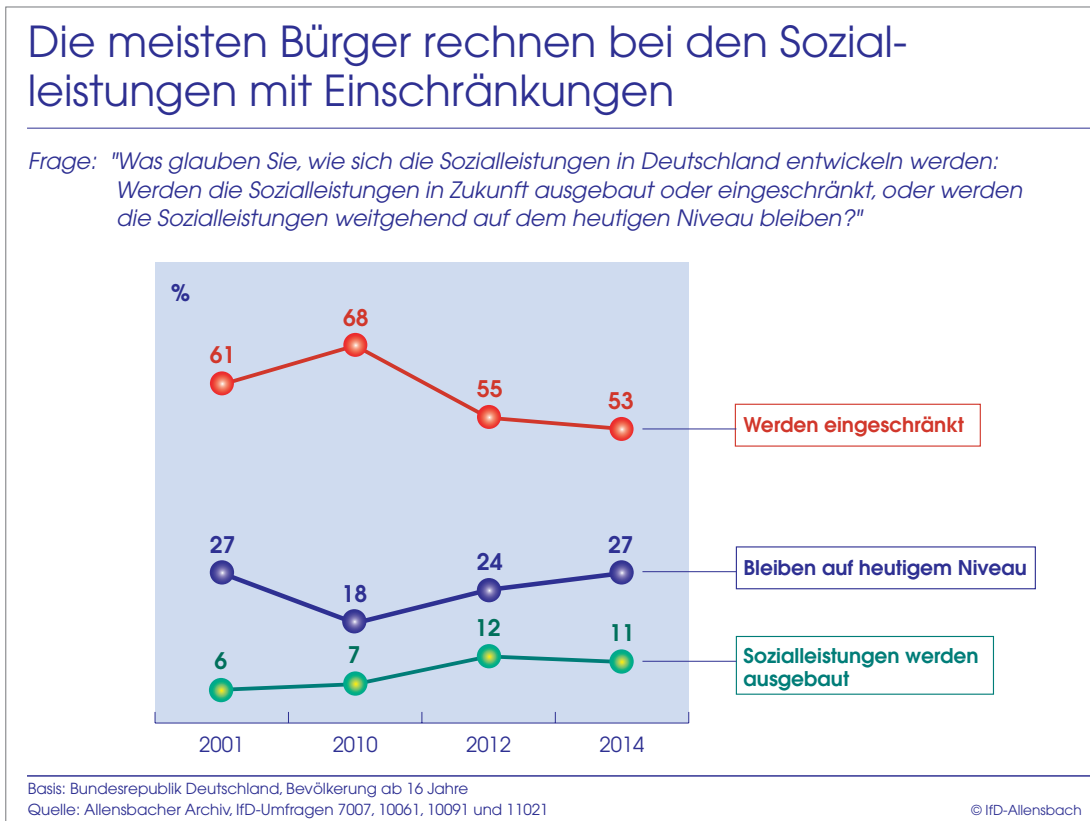
Die große Koalition hat bereits in den ersten Monaten Pläne auf den Feldern Arbeitsmarkt und Rente vorgelegt, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden. Die öffentliche Diskussion ist nicht immer deckungsgleich mit der Meinungsbildung in der Bevölkerung. Um zu prüfen, wie die Bürger den Reformbedarf des Rentensystems und auf dem Arbeitsmarkt einschätzen und wie sie die konkreten Regierungspläne bewerten, beauftragte die INSM das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Die Untersuchung stützt sich auf 1.517 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre und wurde im Februar 2014 durchgeführt.

Reformbedarf des Rentensystems

Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass der demografische Wandel die Voraussetzungen für die sozialen Sicherungssysteme von Grund auf verändert. 76 Prozent gehen davon aus, dass das Rentensystem langfristig umgebaut werden muss, um eine völlig veränderte Altersstruktur zu bewältigen. Viele hoffen jedoch, dass der Zeitpunkt, zu dem gravierende Korrekturen notwendig werden, noch in ferner Zukunft liegt:



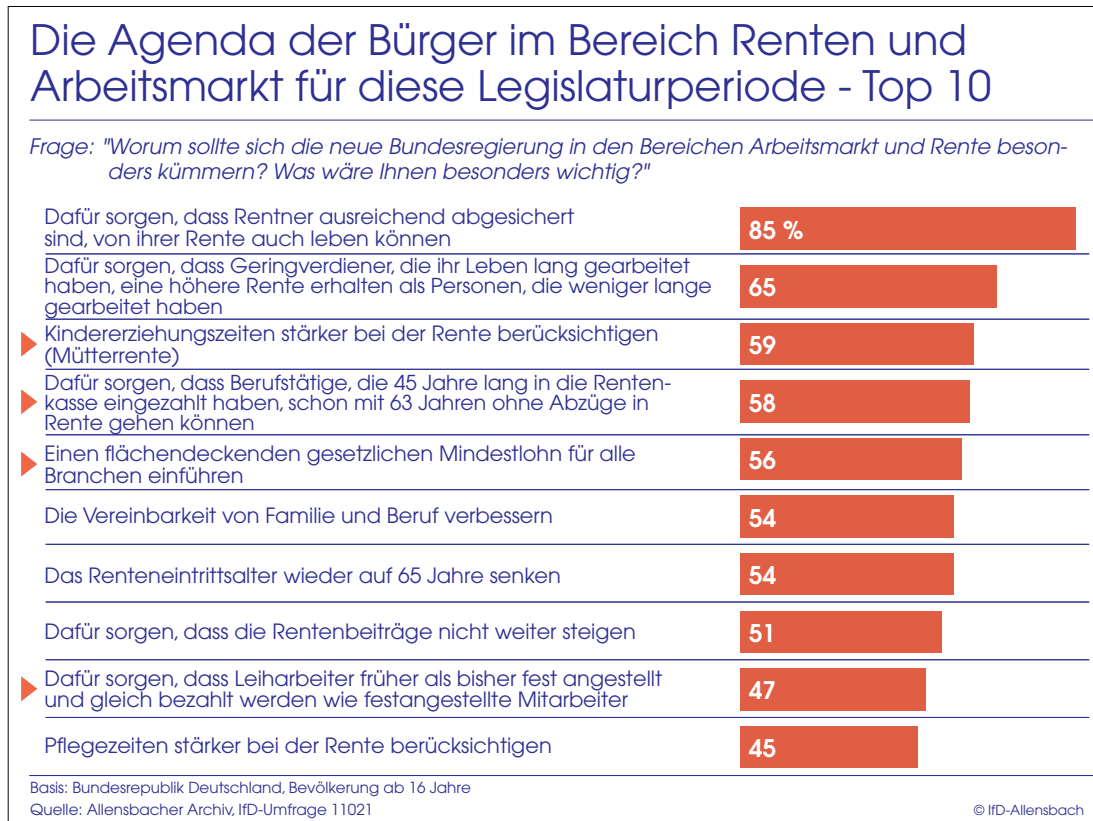
Der zumindest unterschwellig vorhandene Realismus zeigt sich auch in den Erwartungen der Mehrheit, wie sich künftig die Sozialleistungen entwickeln werden. 53 Prozent gehen davon aus, dass sich das heutige Niveau an Sozialleistungen künftig nicht halten lässt. 27 Prozent erwarten dagegen keine gravierenden Veränderungen und 11 Prozent eine Ausweitung der Leistungen. Die Sorge, dass bei den Sozialleistungen Einschnitte drohen, ist bereits in der letzten Legislaturperiode steil abgesunken. 2010 rechneten noch 68 Prozent mit einer Kürzung von Sozialleistungen, 2012 55 Prozent, jetzt 53 Prozent:



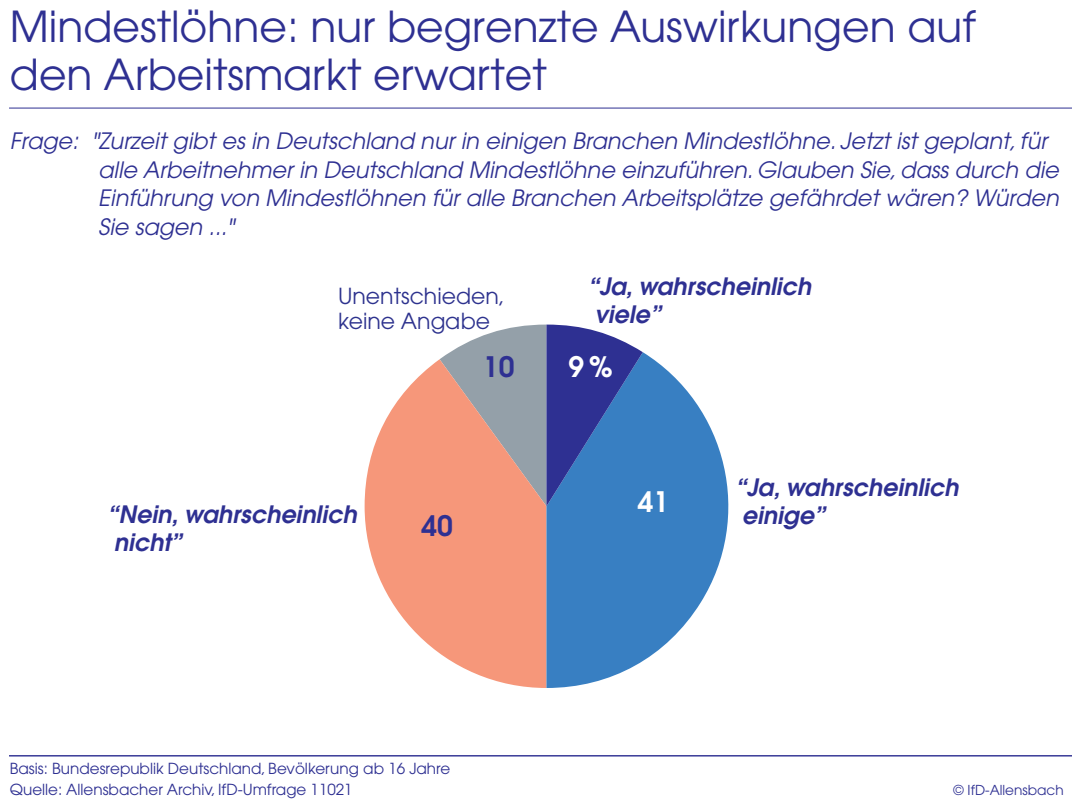
Selbst diese optimistischeren Erwartungen machen jedoch deutlich, dass die überwältigende Mehrheit keine Ausweitung sozialer Leistungen erwartet hat. Wenn die Politik jedoch Ausweitungen beschließt, treffen sie in der Regel auf Zustimmung und werden nur begrenzt auf ihre langfristigen Auswirkungen hin kritisch überprüft.

Breite Unterstützung für die angekündigten Maßnahmen

Obwohl die Mehrheit mittel- und langfristig eher eine Kürzung als eine Aufstockung sozialer Leistungen erwartet, haben die politischen Diskussionen und Beschlüsse durchaus Hoffnungen bestärkt, dass zumindest in der gegenwärtigen guten wirtschaftlichen Lage und bei den daraus resultierenden Steuereinnahmen Sozialleistungen ausgeweitet werden können. Wenn die Bürger zu ihren Vorstellungen befragt werden, worum sich die Regierung in dieser Legislaturperiode auf den Feldern Rentenpolitik und Arbeitsmarkt vor allem bemühen sollte, rangieren alle der in den letzten Wochen kontrovers diskutierten Vorhaben unter den Top 10. So halten es zwei Drittel für besonders wichtig, dass die Renten von Geringverdienern aufgestockt werden; 59 Prozent fordern, die Regierung solle sich besonders bemühen, die Mütterrente zu realisieren; 58 Prozent zählen die Rente mit 63 für Erwerbstätige mit 45-jähriger Berufstätigkeit zu den Prioritäten, 54 Prozent sogar die generelle Absenkung des Rentenalters auf 65 Jahre. Auch die geplanten Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt halten weite Bevölkerungskreise für wichtig: 56 Prozent wünschen, dass sich die Regierung besonders um den flächendeckenden Mindestlohn bemüht:



Warnungen, dass die für den Arbeitsmarkt angekündigten Maßnahmen viele Arbeitsplätze kosten könnten, hält nur eine Minderheit für glaubwürdig. Zwar geht immerhin die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass flächendeckende Mindestlöhne Arbeitsplätze kosten werden, die meisten von ihnen glauben jedoch, dass dies nur eine überschaubare Zahl betreffen wird:



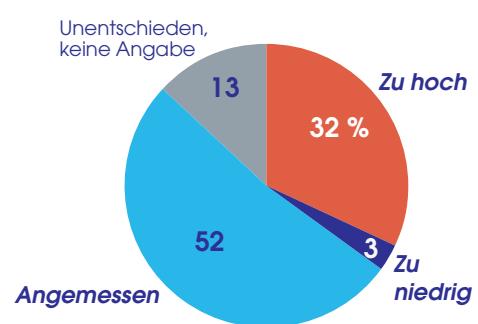
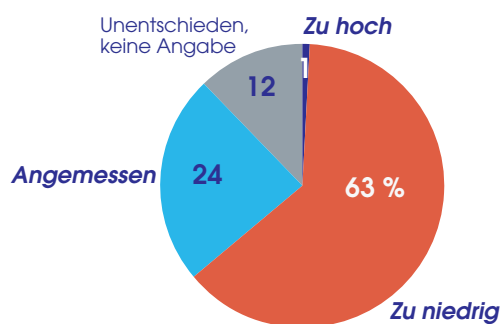
Rentenpolitik gegen die Interessen der Jüngeren?

Rentenpolitik wird von den Bürgern immer eine besondere Bedeutung beigemessen. In ihrer politischen Agenda stehen auskömmliche Renten an der Spitze. Die derzeitige durchschnittliche Höhe der Renten halten annähernd zwei Drittel der Bürger für unzureichend, lediglich 24 Prozent für angemessen. Die Höhe der Renten wird weitaus kritischer bewertet als die derzeitige Höhe der Beiträge:

Die heutigen Renten werden weitaus mehr kritisiert als die Höhe der Beiträge

Frage: "Wenn Sie einmal an die **gesetzliche Rente** denken: Finden Sie die gesetzliche Rente, die man in Deutschland im Durchschnitt erhält, alles in allem zu hoch, zu niedrig oder angemessen?"

Frage: "Wie beurteilen Sie die **Höhe der Beiträge**, die Arbeitnehmer in die Rentenversicherung einzahlen: Finden Sie die Rentenbeiträge alles in allem zu hoch, zu niedrig oder angemessen?"



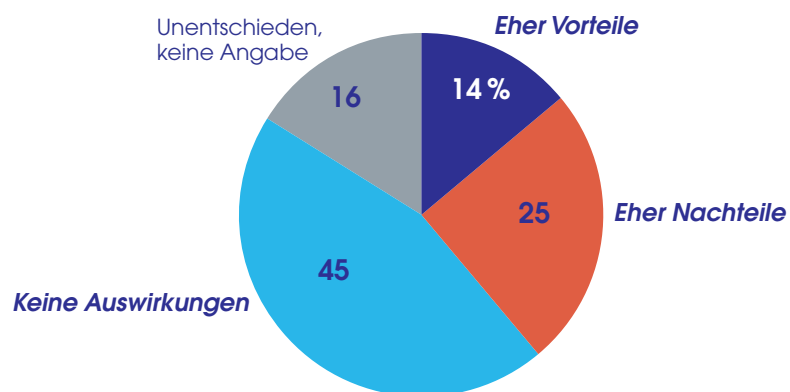
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021

© IfD-Allensbach

Entsprechend finden auch politische Pläne, die Renten zumindest selektiv zu erhöhen, breite Zustimmung, seien es die Mütterrente oder die Aufstockung bei Renten von Geringverdienern. Auch die Rente mit 63 wird von der großen Mehrheit unterstützt. Gleichzeitig verspricht sich nur eine Minderheit persönlich Vorteile von den geplanten Maßnahmen: 14 Prozent erwarten, dass sie von einer oder mehreren der Maßnahmen profitieren werden, 25 Prozent befürchten für sich persönlich Nachteile, die Hälfte keinerlei Auswirkungen:

Persönliche Hoffnungen und Befürchtungen in Bezug auf das Rentenpaket

Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie über die Rentenpläne der neuen Bundesregierung wissen oder darüber gehört haben: Expecten Sie da für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile, oder erwarten Sie keine Auswirkungen auf Ihre persönliche Situation?"



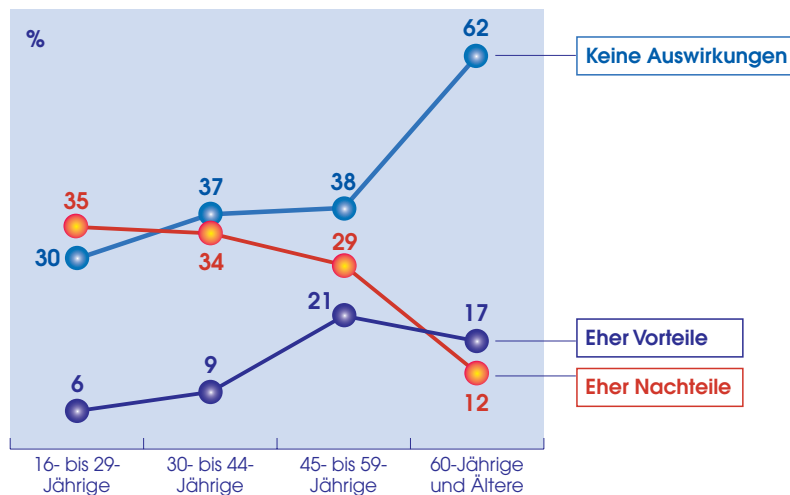
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021

© IfD-Allensbach

Dabei zeigen sich gravierende Unterschiede zwischen den Generationen. Die Generation der 60-Jährigen und Älteren geht mit großer Mehrheit davon aus, dass sie in keiner Weise betroffen ist. Dagegen erwarten die Unter-45-Jährigen überdurchschnittlich Nachteile. Vorteile versprechen sich noch am ehesten die 45- bis 59-Jährigen, aber auch von ihnen nur jeder fünfte:

Unterschiedliche Bilanz der Generationen

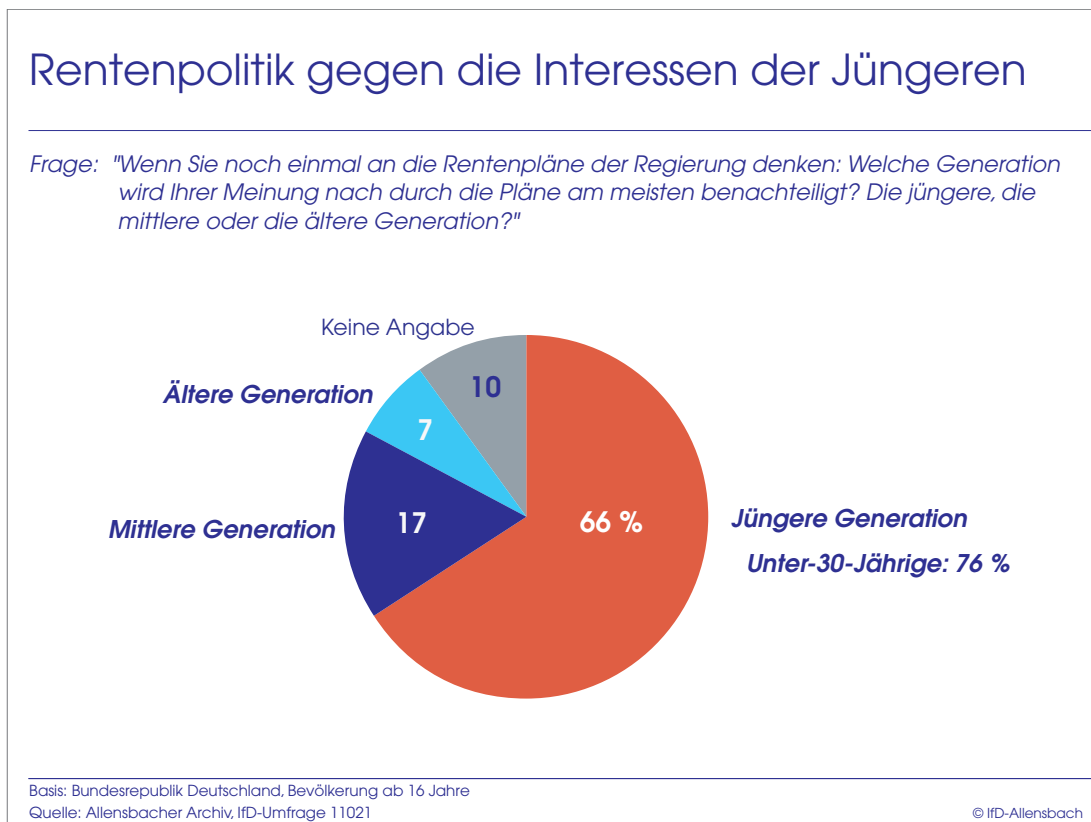
Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie über die Rentenpläne der neuen Bundesregierung wissen oder darüber gehört haben: Erwarten Sie da für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile, oder erwarten Sie keine Auswirkungen auf Ihre persönliche Situation?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021

© IfD-Allensbach

Insgesamt zeigt sich die große Mehrheit überzeugt, dass die geplanten Maßnahmen die junge Generation benachteiligen. Zwei Drittel der gesamten Bevölkerung, 76 Prozent der Unter-30-Jährigen selbst, halten die Pläne für eine Politik gegen die Interessen der Jüngeren:



Dabei ist zu berücksichtigen, dass schon im bisherigen Rentensystem die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen nach dem Empfinden der Mehrheit nicht gerecht verteilt sind. 56 Prozent sehen hier eine Schieflage, die meisten von ihnen zu Lasten der jungen Generation. Die Kritik an der unzureichenden Berücksichtigung der Interessen der Jüngeren hat sich in den letzten Jahren signifikant verstärkt. 2008 waren 51 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen im Rentensystem nicht gerecht verteilt sind; 26 Prozent sahen damals die jüngere Generation im Nachteil, heute 38 Prozent:

Wachsende Kritik an der unzureichenden Berücksichtigung der Interessen der jungen Generation

Frage: "Wenn Sie einmal an unser Rentensystem denken: Sind da Ihrer Meinung nach die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen gerecht verteilt oder nicht gerecht verteilt?"

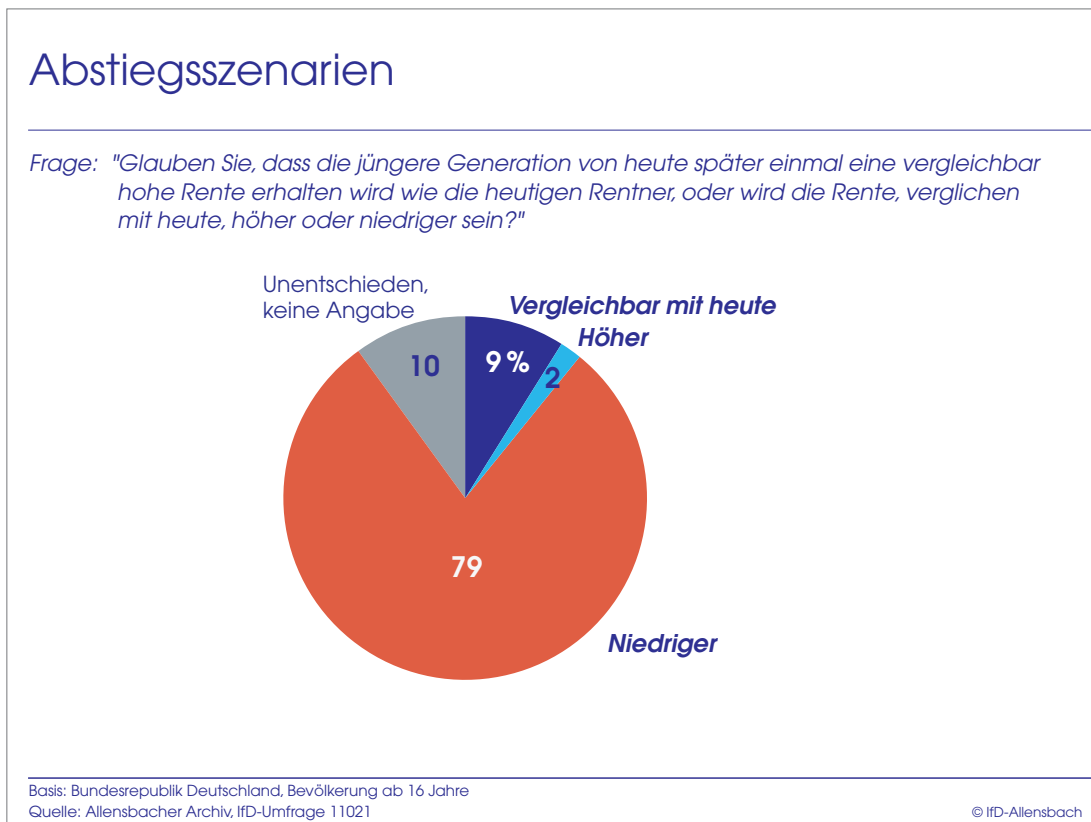
Falls "Nicht gerecht verteilt": "Und wer wird Ihrer Meinung nach benachteiligt: die jüngere, die mittlere oder die ältere Generation?"

| | 2008 % | 2014 % |
|------------------------------------|-----------|-----------|
| Nicht gerecht verteilt | 51 | 56 |
| Benachteiligt wird: | | |
| Jüngere Generation | 26 | 38 |
| Mittlere Generation | 13 | 12 |
| Ältere Generation | 8 | 7 |
| Keine Angabe | 4 | 2 |
| Gerecht verteilt | 17 | 18 |
| Unentschieden, keine Angabe | 32 | 26 |
| | 100 | 100 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10020 und 11021

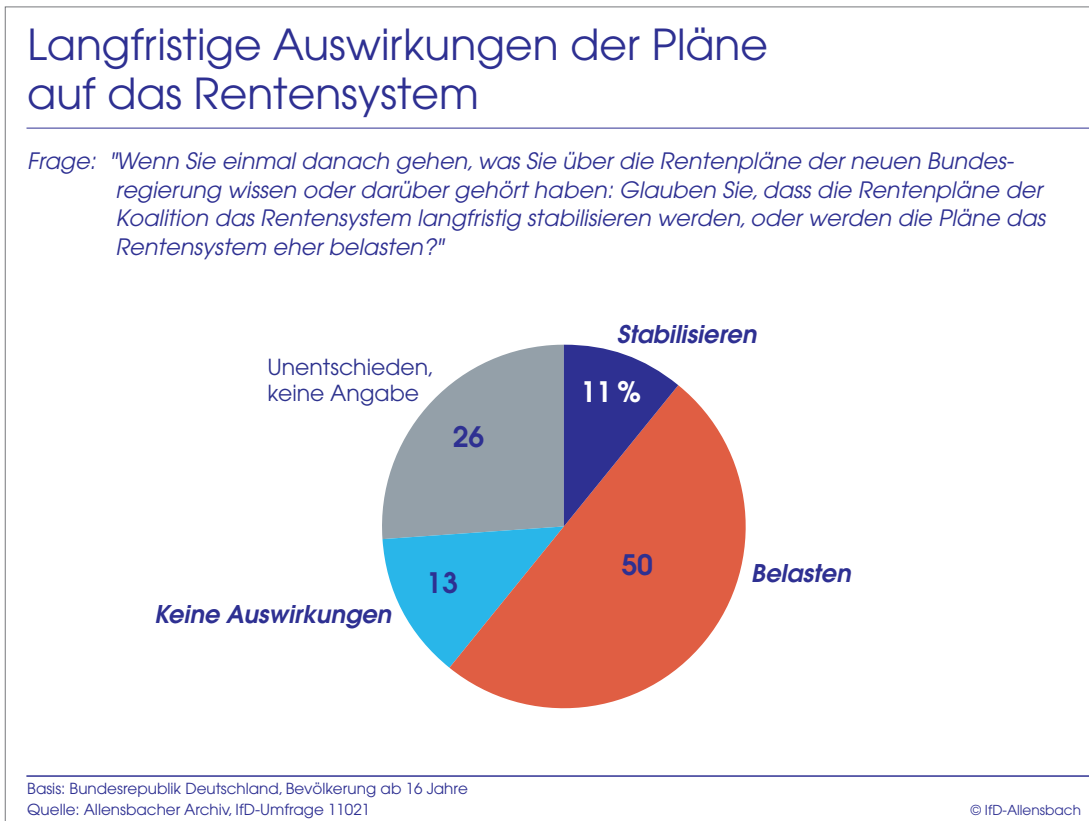
© IfD-Allensbach

Die überwältigende Mehrheit erwartet, dass die jüngere Generation später nicht auf Renten in einer vergleichbaren Höhe wie die heutigen Rentner bauen kann, sondern sich mit niedrigeren Renten zufrieden geben muss. 79 Prozent der Bürger sind davon überzeugt, lediglich 9 Prozent prognostizieren ähnlich hohe, ganze 2 Prozent höhere Renten:

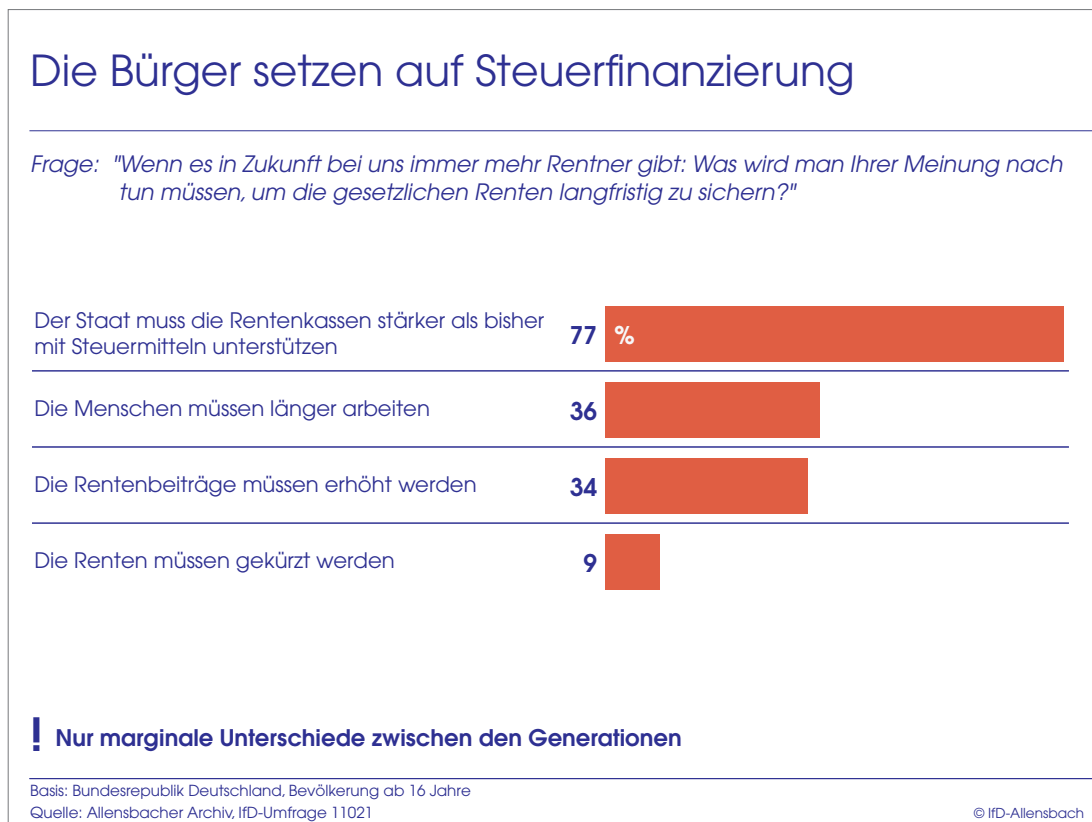


Diese Skepsis prägt auch das Vertrauen der jungen Generation in das Rentensystem. Während die Absicherung im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit quer durch alle Generationen ähnlich großes Vertrauen genießen, vertrauen die Jüngeren der staatlichen Rente weitaus weniger als die Generation, die heute überwiegend bereits von der staatlichen Rente lebt. Umso bemerkenswerter ist jedoch, dass die Rentenpläne quer durch alle Generationen breite Unterstützung finden – obwohl sie als gegen die Interessen der Jüngeren gerichtet empfunden werden.

Die Mehrheit geht auch davon aus, dass die Pläne nicht dazu angetan sind, das Rentensystem langfristig zu stabilisieren. Vielmehr sind 50 Prozent überzeugt, dass das Rentensystem dadurch belastet wird; 13 Prozent erwarten keinerlei Auswirkungen, 11 Prozent eine Stabilisierung des Systems:



Die Vorstellungen, wie das Rentensystem angesichts der demografischen Entwicklung langfristig stabilisiert werden sollte, zeigen allerdings eindeutig bei der Mehrheit die Tendenz, Einschnitte und höhere Belastungen möglichst zu vermeiden. Die große Mehrheit möchte vor allem auf eine stärkere Steuerfinanzierung des Rentensystems setzen, nur eine Minderheit auf längere Lebensarbeitszeiten, höhere Beiträge oder eine Absenkung der Renten. 77 Prozent meinen, der Staat müsse zur Bewältigung des demografischen Wandels Steuermittel in das Rentensystem pumpen. Nur 36 Prozent halten ein späteres Renteneintrittsalter für notwendig, 34 Prozent höhere Rentenbeiträge.



Gleichzeitig stellt sich allerdings die überwältigende Mehrheit auf steigende Rentenbeiträge ein. 69 Prozent rechnen für die kommenden Jahre mit steigenden Beiträgen, 29 Prozent sogar mit einem starken Anstieg:



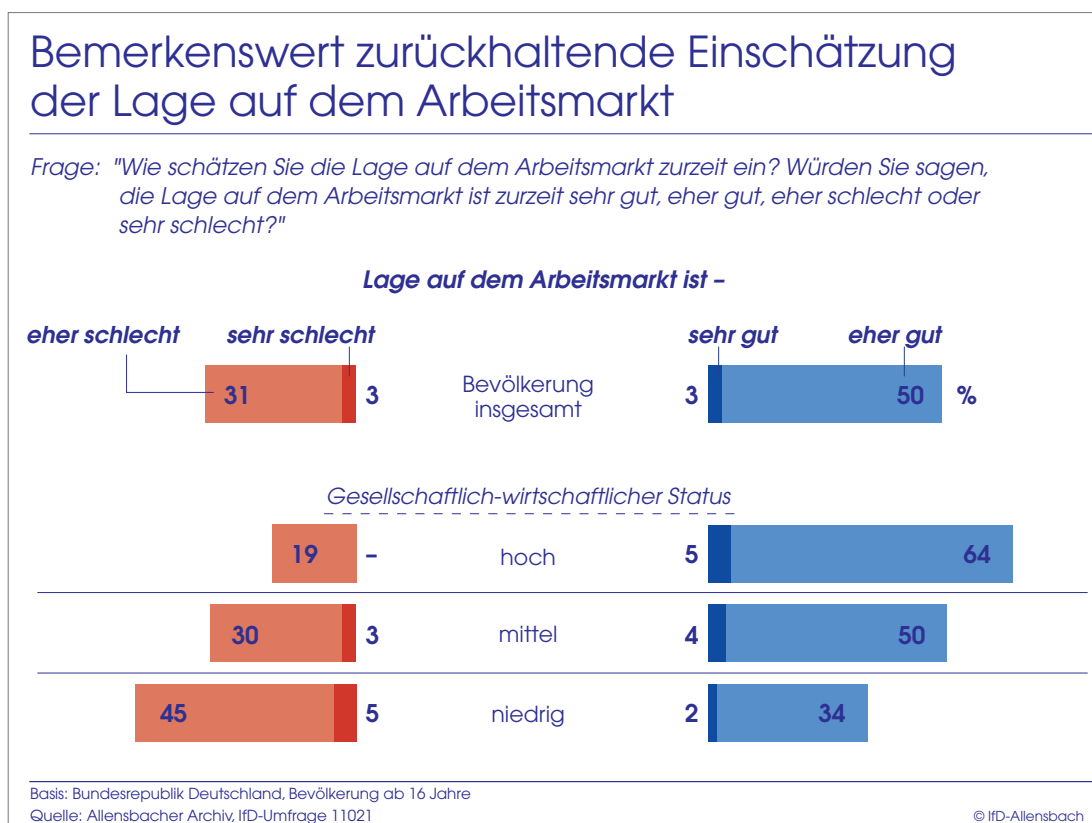
Durchgängig liegen realistische Erwartungen und Wunschdenken in Bezug auf die künftige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Widerstreit und prägen auch die Reaktionen auf die aktuellen Rentenpläne wie die geplanten Arbeitsmarktreformen.

In den sozialen Schichten unterschiedliche Bewertung des Arbeitsmarktes

Angesichts der Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt kann kaum überraschen, dass die Mehrheit der Bürger die Lage positiv bewertet. Bemerkenswert

ist jedoch, dass nur gut jeder Zweite eine positive Bilanz zieht, während immerhin 34 Prozent der Bevölkerung die Lage auf dem Arbeitsmarkt kritisch sehen. Dies geht vor allem auf die unteren sozialen Schichten zurück; von ihnen halten 50 Prozent die Lage auf dem Arbeitsmarkt für ungünstig, nur 36 Prozent für günstig. Je höher die soziale Schicht, desto besser wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt eingeschätzt:

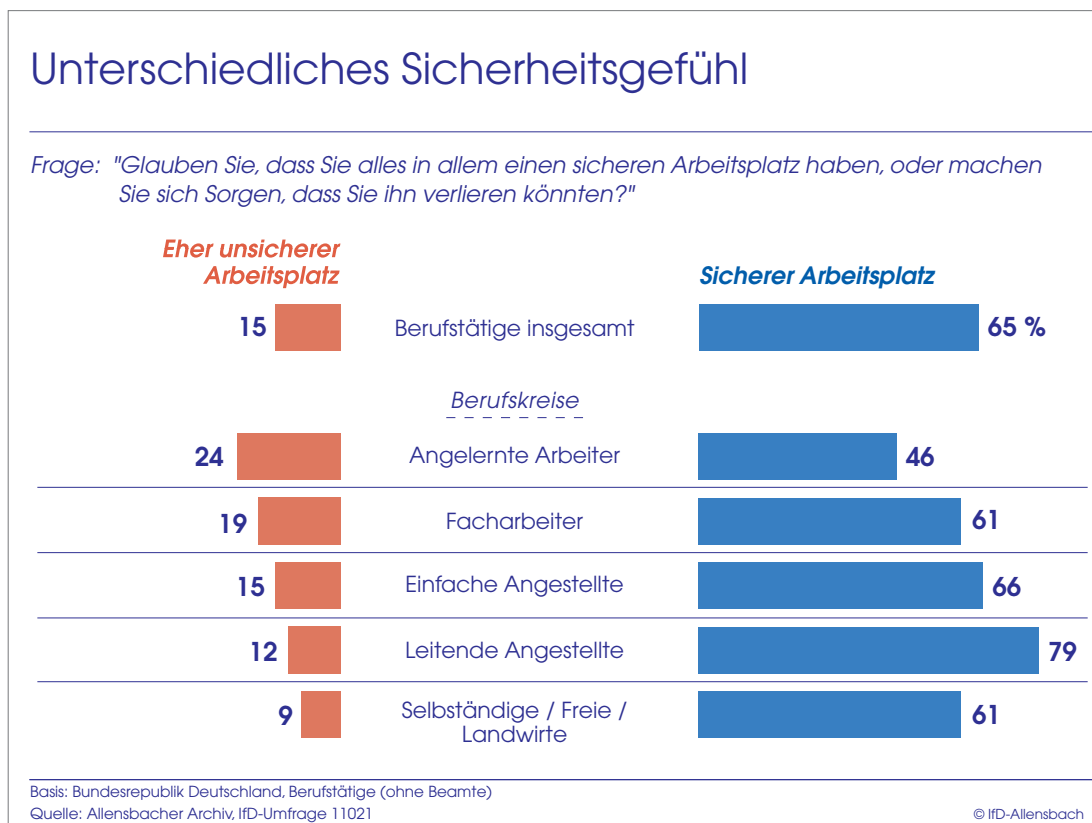
Schaubild 14



Personen aus den einfachen sozialen Schichten schätzen auch die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt weitaus skeptischer ein als die Mittel- und Oberschicht. Während die höheren sozialen Schichten für dieses Jahr einen anhaltend positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt erwarten, befürchten 43 Prozent aus den einfachen sozialen Schichten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Auch die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes fällt in den verschiedenen Schichten deutlich unterschiedlich aus. Während 79 Prozent der leitenden und zwei Drittel der einfachen Angestellten ihren Arbeitsplatz für sicher halten, ist dies nur bei 46 Prozent der angelernten Arbeiter der Fall:

Schaubild 15

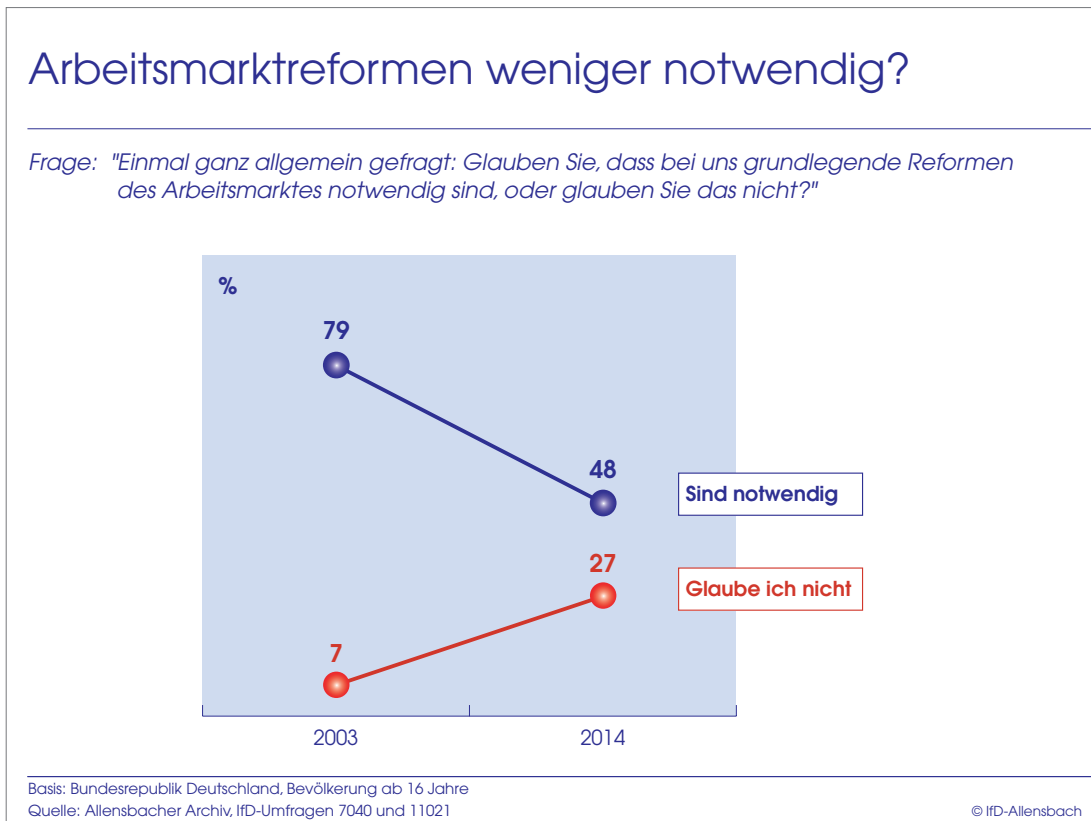


Da Arbeitslosigkeit Geringqualifizierte weit überdurchschnittlich betrifft, halten die Bürger es für richtig, vor allem bei der Qualifizierung von Schulabgängern anzusetzen. Nach den Vorstellungen von annähernd zwei Dritteln lässt sich Arbeitslosigkeit besonders gut durch eine bessere Qualifikation von Schulabgängern bekämpfen. Die Mehrheit hält es gleichzeitig für besonders aussichtsreich,

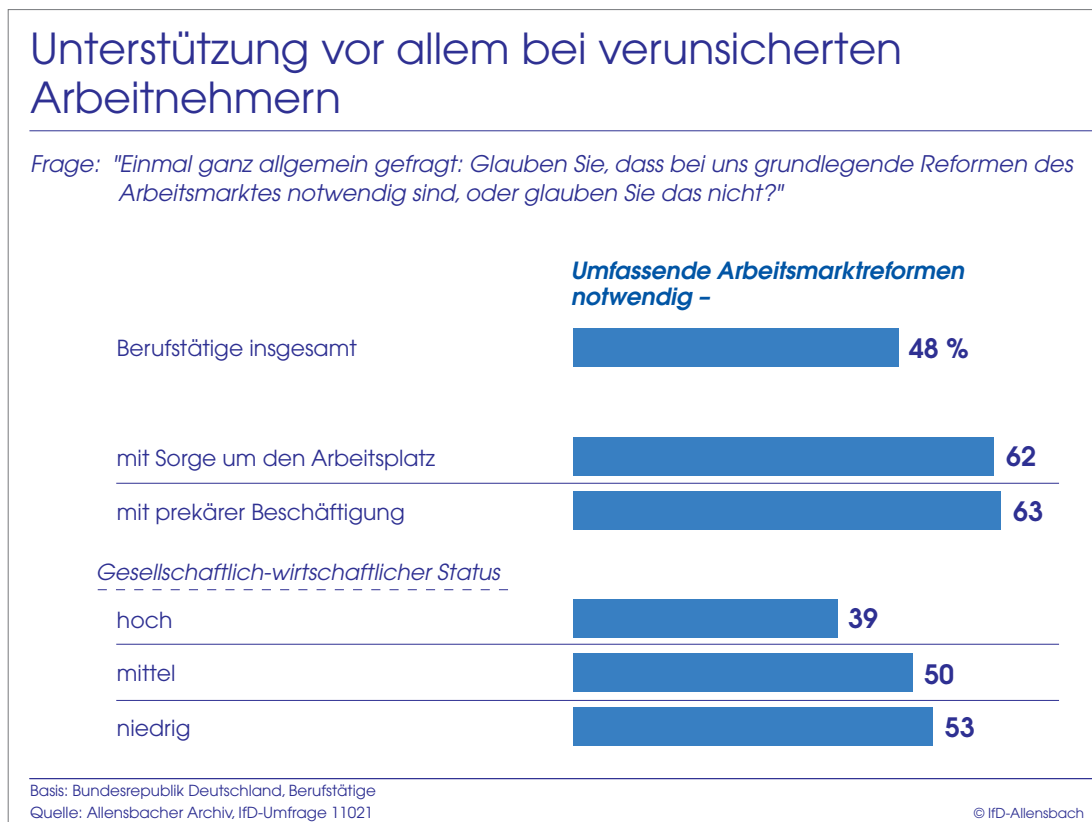
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern,
- die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen,
- die Leiharbeit einzuschränken,
- Schwarzarbeit erfolgreicher zu bekämpfen und
- es für Firmen attraktiver zu machen, in Deutschland zu investieren.

Dagegen verspricht sich nur eine Minderheit Erfolge auf dem Arbeitsmarkt von einer Entlastung der Unternehmen bei Steuern und Abgaben und von mehr unternehmerischen Freiräumen. Noch weniger halten die Bürger es für aussichtsreich, Löhne unter Tarif zuzulassen oder Schutzbestimmungen wie z.B. im Bereich des Kündigungsschutzes abzubauen. Lediglich 6 Prozent glauben, dass dies ein probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

Immerhin 48 Prozent der gesamten Bevölkerung halten umfassende Arbeitsmarktreformen für notwendig; lediglich 27 Prozent widersprechen hier dezidiert. Vor gut zehn Jahren, als die Bevölkerung ganz unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit stand, hielt sie grundlegende Reformen des Arbeitsmarktes jedoch noch für weitaus dringlicher als heute. 2003 waren 79 Prozent der Bürger überzeugt, dass der Arbeitsmarkt grundlegend reformiert werden muss, gut 30 Prozentpunkte mehr als heute:



Auch heute sind es vor allem diejenigen, die sich trotz robuster Konjunktur Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, die umfassende Arbeitsmarktreformen für notwendig halten. In diesem Kreis fordern annähernd zwei Drittel umfassende Arbeitsmarktreformen. Die Unterstützung von Reformen hängt damit in hohem Maße davon ab, wie unsicher die eigene Beschäftigungssituation eingeschätzt wird. Entsprechend halten auch die einfachen sozialen Schichten Arbeitsmarktreformen weitaus mehr für notwendig als die höheren Sozialschichten. Die Befürworter von Reformen denken dabei allerdings nicht an größere unternehmerische Freiräume, sondern an mehr Sicherheitsgarantien für diejenigen, deren berufliche Situation weniger befestigt ist:

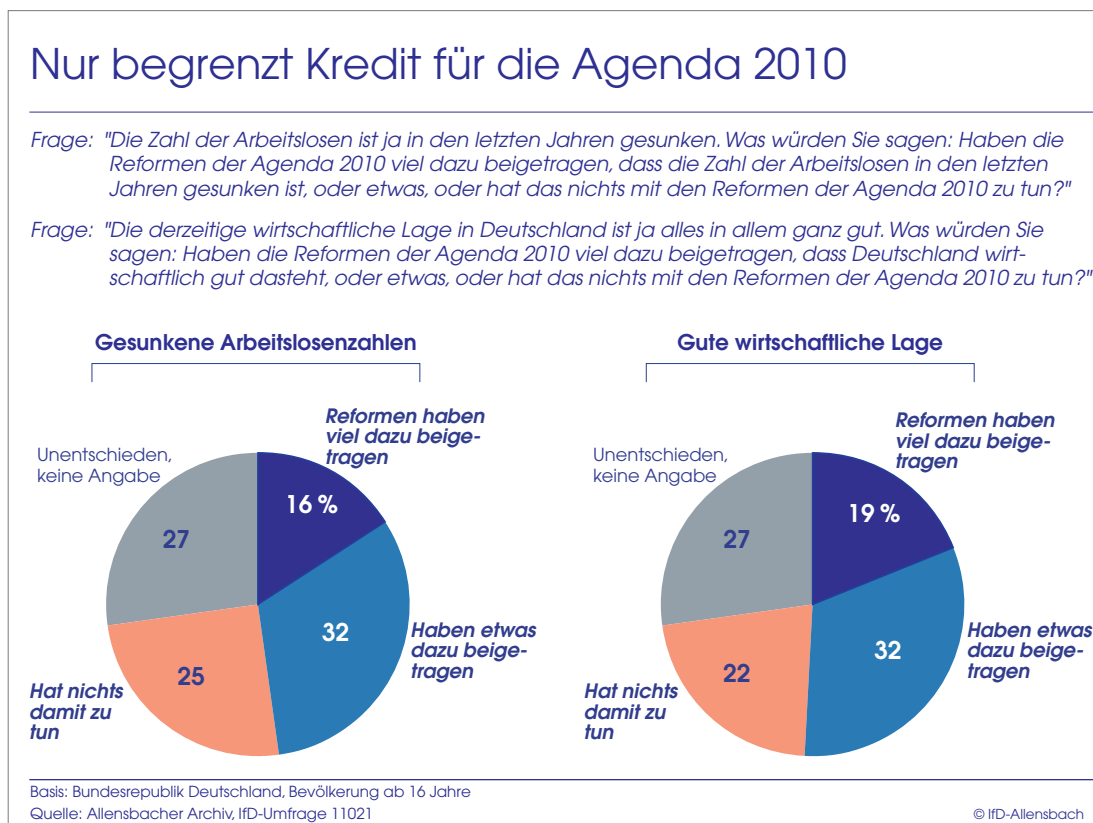


Nur wenig Kredit für die Reformen der Agenda 2010

Die Ergebnisse zeigen, wie gespalten die Bevölkerung auf Reformen reagiert. Viele wissen um den Reformbedarf insbesondere der Sicherungssysteme, schrecken aber gleichzeitig vor allen Reformen zurück, die Opfer und Einschnitte bedeuten. Diese Reaktionsmuster sind nicht neu, sondern prägten auch in hohem Maße die Resonanz auf die Maßnahmen der Agenda 2010. Sie wurden damals von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, obwohl die damalige wirtschaftliche Lage und insbesondere die Lage des Arbeitsmarktes als ausgesprochen kritisch eingeschätzt wurden. Auch aus heutiger Sicht tut sich die Bevölkerung schwer, die Maßnahmen der Agenda 2010 als eine der Ursachen für den wirtschaftlichen Aufschwung der

letzten Jahre zu sehen. Rund die Hälfte der Bevölkerung konzediert immerhin, dass die Reformen der Agenda 2010 mit dazu beigetragen haben, dass Deutschland heute wirtschaftlich robust aufgestellt ist; nur 19 Prozent sind jedoch überzeugt, dass die Reformen dazu viel beigetragen haben, während 32 Prozent nur einen eng begrenzten Einfluss sehen. Noch weniger erhält die Agenda 2010 Kredit in Bezug auf ihre Wirkungen auf den Arbeitsmarkt: Nur 16 Prozent sind überzeugt, dass die Agenda 2010 erheblichen Anteil an der Reduzierung der Arbeitslosigkeit beanspruchen kann; 32 Prozent sind überzeugt, dass die damaligen Reformen nur begrenzt zu den Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben:

Schaubild 18



42 Prozent der Bürger und 54 Prozent der politisch Interessierten sind überzeugt, dass der Standort Deutschland durch diese Reformen gestärkt wurde, während nur 5

Prozent eine Schwächung diagnostizieren. Knapp ein Drittel der Bevölkerung traut sich hier kein Urteil zu. Auf der Basis der urteilsbereiten Bevölkerungskreise sieht die Bilanz der Agenda 2010 für den Standort Deutschland weit überwiegend positiv aus.

Schaubild 19

Reformen für den Standort

Frage: "Haben die Reformen der Agenda 2010 dazu beigetragen, dass Deutschland als Wirtschaftsstandort im Vergleich zu anderen Ländern gestärkt wurde, oder haben sie Deutschland als Wirtschaftsstandort eher geschwächt?"

| | Bevölkerung insgesamt | Politisch Interessierte |
|--|--------------------------|----------------------------|
| | % | % |
| Gestärkt | 42 | 54 |
| Geschwächt | 5 | 5 |
| Reformen haben nichts verändert | 22 | 22 |
| Unentschieden, keine Angabe | 31 | 19 |
| | <i>100</i> | <i>100</i> |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11021

© IFD-Allensbach

Wie damals werden jedoch auch heute Reformen und Reformpläne nicht allein unter dem Aspekt ihrer ökonomischen Effizienz und Nachhaltigkeit bewertet, sondern auch an Gerechtigkeitsvorstellungen, die teilweise zu einer völlig anderen Bewertung führen. Die breite Unterstützung für die Mütterrente wie für Mindestlöhne hat in hohem Maße mit Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger zu tun.

Allensbach am Bodensee,
am 19. März 2014

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH